

EDITORIAL

Wenn Alfred Jarry seinen *König Ubu* »in Polen, das heißt Nirgendwo« spielen lässt, so spiegelt dies ziemlich gut die Einstellung wider, die das glücklichere Europa gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gegenüber dem anderen Teil des Kontinents hatte: wenig Interesse, mangelnde Kenntnisse. Es ist noch nicht so lange her, da existierte der Raum, der Deutschland von Russland trennte, nicht einmal als gesonderter geographischer oder politischer Begriff. Noch 1938 konnte Neville Chamberlain, der britische Premierminister, von der Sudetenkrise als »Streit in einem fernen Land zwischen Völkern, über die wir nichts wissen« sprechen, und dass es »schrecklich, wahnwitzig und unglaublich« wäre, wenn Großbritannien »irgendwie verwickelt würde.«

Mit Jalta wurden die mittel- und osteuropäischen Länder unter den Begriff »Ostblock« subsumiert und gerieten damit für den Westen abermals aus dem Blickfeld, in das sie nur durch Katastrophen wie Budapest 1956, Prag 1968, Polen 1981 vorübergehend wiedereintraten.

Und dann kam 1989. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs entdecken die »West«-Europäer »Ost«-Europa als wesentlichen Teil der einen, europäischen Geschichte wieder. Aus der umgekehrten Perspektive besteht, nach über vierzig Jahren versuchter Sowjetisierung, kein Zweifel an der Zugehörigkeit zu Europa – auch was die politische Kultur betrifft.

Als im vergangenen Jahr in Ostmitteleuropa eine sozialistische Ordnung nach der anderen zusammenbrach, erhielten eine Reihe von Ländern des ehemaligen »Blocks« endlich die Möglichkeit, eine Gesellschaft aufzubauen, die ihren eigenen Wünschen entspricht. Das Programm für die neue politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung, das dort von den politischen Hauptkräften propagiert wird, heißt überall: Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat – kurz: Auf nach Europa.

Die Euphorie war jedoch von kurzer Dauer. Man hatte rasch die ernüchternde Größe der Aufgaben, die Komplexität des Übergangsprozesses begriffen: Es geht um die Einführung einer modernen Wirtschaft, den Aufbau der *civil society*, um moralische Erneuerung und um die Bildung dauerhafter demokratischer Institutionen. Allgemein wächst das Bewusstsein, dass man sich auf einen langen Weg begeben hat, für den es keine Garantien gegen Rückschläge, dramatische Krisen und Niederlagen gibt.

Seit Jahren finden die politischen Zyklen in Lateinamerika ihr Echo in unzähligen Publikationen, die in schöner Regelmäßigkeit den Übergang zur Demokratie, den Aufbau der Demokratie, die Ursachen des Zusammenbruchs der Demokratie und schließlich das neue autoritäre System analysieren. In

Ostmitteleuropa ist der Übergang zur Demokratie noch kaum erfolgt, da mehren sich in den westlichen Medien schon die Stimmen, die vor den Gefahren für die Demokratie warnen. Dabei ist kaum einmal von den Kommunisten und den von ihnen hinterlassenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen die Rede, nein, die Gefahr sieht man in den neuen gesellschaftlichen und politischen Kräften.

Nach der enthusiastischen Berichterstattung über die »friedlichen«, »sanften«, »samtenen« Revolutionen kommt jetzt eine Publizistik auf, die aus der komplexen Vergangenheit dieser Region eine Gefahr für ihre demokratische Zukunft herausliest. Man schreibt über autoritäre Tendenzen, nationale Zwistigkeiten, über Xenophobie und Antisemitismus; aus den alten Geschichtsbüchern kehrt sogar das Gespenst der »Balkanisierung« zurück. Nach der anfänglichen Begeisterung scheint nun Besorgnis angebracht.

Natürlich gibt es Gründe genug zur Beunruhigung. Die Revolutionen in den Ländern Ostmitteleuropas sind noch nicht vollendet. Ein Teil der Macht ist immer noch in den Händen der Kommunisten. Die Loslösung vom alten System und die Rückkehr nach Europa sind ein langer, komplizierter und für die Bevölkerungen schmerzhafter Prozess. Es muss damit gerechnet werden, dass der damit entstehende Druck, dass die Konflikte, die Desorganisation des Alltagslebens von Millionen Menschen, die sozialen Verwerfungen, dass all dies eine Reihe von negativen sozialen und politischen Erscheinungen freisetzt. Das Problem liegt allerdings in der Proportion. Die Freiheit, die sich diese Länder nun errungen haben: die Freiheit, eine neue Ordnung aufzubauen, barg schon immer unvermeidlich Risiken und Gefahren in sich. Diese muss man allerdings im Verhältnis zu den selbstgestellten Aufgaben und dem möglichen Gewinn sehen, vor allem aber zu den sozialen und politischen Kräften, die nach wie vor für die Demokratie eintreten. Es gilt also zu differenzieren und abzuwägen. Das vorliegende erste Heft von *Transit* will dazu einen Beitrag leisten.

Trotz aller Probleme und Rückschläge gibt es Anlass zu Optimismus:

- Die Erfahrung des Totalitarismus, dem in manchen Ländern heimische undemokratische Regime vorausgingen, haben ein ungewöhnlich starkes Verlangen nach Freiheit und eine große Empfindlichkeit gegenüber allen Bestrebungen entstehen lassen, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien nicht respektieren.

- Der »Weg nach Europa« findet auch deshalb breite und starke Unterstützung, weil es keine glaubwürdige Alternative zu ihm gibt. Zugleich weiß man, dass dieser Weg lang und steinig sein wird und dass jeder, der behauptet, er könne ihn abkürzen oder die Mühen ersparen, ein Scharlatan ist.

- Der demokratischen Entwicklung in Ostmitteleuropa ist darüberhinaus das globale Scheitern der Rechtsdiktaturen förderlich. Wir sind nicht nur Zeugen des Zusammenbruchs der sozialistischen Systeme, überall in der Welt

sind auch die autoritären Diktaturen im Rückzug, gleich ob traditionalistischer, nationalistischer oder technokratischer Provenienz. Im Vergleich mit der Zwischenkriegszeit, als die Reihen der Verteidiger der liberalen Demokratie, ob in Ostmitteleuropa oder anderswo, noch ziemlich schütter waren, ist das eine ganz andere Situation.

– Nicht zuletzt ist die Präsenz und Nachbarschaft des westlichen Europa von großer Bedeutung für die Stabilisierung der jungen europäischen Demokratien: Das entwickelte Europa existiert vor aller Augen, und die Integration in seine politischen und wirtschaftlichen Strukturen stellt ein ganz konkretes Ziel dar. Und es sind immer noch die demokratischen Kräfte in Ostmitteleuropa, welchen die Menschen am ehesten zutrauen, dieses Ziel zu erreichen, auch wenn der Weg dorthin nicht einfach ist.

Die Integration des ehemaligen »Osteuropa« in den europäischen Kontext – der nun wohl selbst neuzugestaltet ist – wird also eine vitale Bedeutung für das Gelingen der Demokratisierung haben. Der Eiserne Vorhang ist verschwunden, nicht aber die Verletzung, die die politische Teilung Europas dem Kontinent zugefügt hat: Ein komplexes Netz mit seinen Verbindungen, seinen Differenzen und Spannungen wurde zerschnitten und die intellektuelle Zirkulation zwischen westlichem und östlichem Teil Europas gewaltsam unterbrochen oder doch nachhaltig gestört. In der Folge wurde der jeweilige Verlust von der westlichen Hälfte mehr oder weniger erfolgreich verdrängt oder abgeschrieben, während er für die östliche schmerzhaft bewusst blieb oder Projektionen in Gang setzte.

Sicher ist, dass die Europäer noch lange mit den Ungleichzeitigkeiten, den unterschiedlichen Erfahrungen, Sehweisen, Werten und Einstellungen zu leben haben werden, die die Teilung Europas hervorgebracht hat. Sie ließ zwei Lebenswelten entstehen, die sich über mehr als vier Jahrzehnte lang auseinander entwickelt haben. Nun, da der auf beiden Seiten erwachten Neugier, dem wachsenden Informations- und Diskussionsbedarf keine politischen Hindernisse mehr im Wege stehen, wird um so spürbarer, dass die intellektuellen Milieus in West und Ost einander weitgehend fremd geworden sind.

Man kann das beklagen – oder als Herausforderung annehmen. *Transit* will diesen Versuch machen. Es wird in dieser Zeitschrift um Fragestellungen und Themen gehen, die durch Verknüpfung und Konfrontation west- und osteuropäischer Erfahrungen und Perspektiven (wieder) interessant werden. *Transit* will versuchen, Konstellationen herbeizuführen und Diskussionen in Gang zu setzen, für die es bisher keinen geeigneten Rahmen gibt, es will Gesprächszusammenhänge wiederaufnehmen, die lange unterbrochen waren. *Transit* soll, im Rahmen seiner Möglichkeiten, ein Medium europäischer Selbstverständigung werden, wie sie mit der Wiederentdeckung und -aneignung der gemeinsamen Geschichte und Zukunft fällig geworden ist.

Der Name der Zeitschrift bezeichnet, erstens, eine Durchquerung, eine Bewegung über Grenzen hinweg. Wir verstehen dies als Programm, und nicht nur im Hinblick auf politische Grenzen: Innere Vielfalt und Widersprüchlichkeit sind ebenso Momente des europäischen Selbstverständnisses wie der Austausch mit anderen Kulturen. *Transit* versteht sich als europäische Zeitschrift im Sinne dieser offenen und niemals fertigen Identität, die von der Überschreitung des eigenen Gesichtskreises, der Neugier für Unterschiede und der Bereitschaft zum Streit lebt.

Am wenigsten selbstverständlich sind diese europäischen Tugenden allerdings im Hinblick auf die Europäer weiter östlich: Vor dem Fall der Mauer war die Wahrnehmung »Osteuropas« aus westdeutscher Perspektive durch das Verhältnis zum andern Teil Deutschlands geprägt, d.h. auch: verzerrt, ja blockiert. Mit der Vereinigung von Deutschland werden die Deutschen erst recht mit sich selbst beschäftigt sein. *Transit* will dazu beitragen, den deutsch-deutschen Bannkreis zu durchbrechen, indem gezielt Perspektiven und Erfahrungen aus den Ländern Ostmitteleuropas ins Spiel gebracht werden.

»Transit« bezeichnet, zweitens, einen prekären Zwischenzustand, einen vorübergehenden Aufenthaltsort. Angesichts der großen Probleme, die unsere Zeit vor sich herschiebt, bedarf es nicht der Zahlenmagie der Jahrtausendwende, um zu begreifen, dass wir auch im Westen in einer kritischen Übergangszeit leben.

Die politischen Erschütterungen des letzten Jahres haben sich bis in die Köpfe hinein fortgesetzt. Spätestens mit 1989 sind Paradigmen und Programme obsolet geworden, die das intellektuelle Leben der Nachkriegszeit geprägt haben. Im geistigen und seelischen Haushalt eines großen Teils der Intelligenz ist ein schmerzhafter Mangel entstanden, den die eilig angebotenen Surrogate nicht ausgleichen. *Transit* hat für die Probleme der Zeit keine Rezepte zu verschreiben, sondern will zu ihrer Anamnese und Diagnose beitragen.

Transit wird am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien herausgegeben, einem *Institute for Advanced Study*, das seit acht Jahren Wissenschaftler und Intellektuelle aus dem östlichen Europa einlädt, im Rahmen von Forschungsprojekten mit Partnern aus dem Westen zusammenzuarbeiten.

*

Die Idee zum Thema der ersten Nummer von *Transit* entstand zu einer Zeit, da in der Frage »Osteuropa – Übergänge zur Demokratie« das Moment der Hoffnung noch überwog. Die Erfüllung sollte schneller, radikaler und umgreifender kommen, als es sich irgendjemand träumen ließ. Für uns ergab sich damit die Chance, direkt auf die neue Situation zu reagieren. Nicht wenige der hier vorgelegten Beiträge gewinnen dadurch an Brisanz, dass ihre Autoren sich im Hinblick auf ihren Gegenstand in der Rolle von Zeugen,

Betroffenen oder Beteiligten sehen. Die Texte dieses Heftes interpretieren die Übergänge zur Demokratie aus verschiedenen Perspektiven und nähern sich dem Thema auf unterschiedliche Weise – wissenschaftliche Analysen finden sich neben Essays und politischen Stellungnahmen; sie beanspruchen in keiner Weise, die Problematik zu erschöpfen.

Das erste Heft, mitherausgegeben von dem polnischen Politologen Aleksander Smolar, versucht, eine Karte jener Wege und Umwege zur Demokratie zu skizzieren, auf die sich die ehemals sozialistischen Länder im Osten Europas im letzten Jahr begeben haben.

Im ersten Teil wird die Thematik in einer Art analytischen Momentaufnahme der verwirrenden politischen Situation in Ostmitteleuropa vorgestellt, um dann historische Tiefenschärfe zu erhalten: Welche Vorläufer und welchen ideengeschichtlichen Hintergrund haben die heutigen Übergangsprozesse?

Der zweite Teil bietet Analysen einiger zentraler Probleme: Rolle des Staates, Einführung der Marktwirtschaft, (Wieder-)Aufbau der *civil society* und nationale Selbstbestimmung angesichts des sich auflösenden Sowjet-Imperiums.

Im Juli diesen Jahres veranstaltete das IWM in Wien eine Konferenz über *Zentraleuropa auf dem Wege zur Demokratie*. Führende Wissenschaftler, Intellektuelle und Politiker aus Ost und West debattierten über drängende Fragen des Übergangs. Wir drucken hier – jeweils im Anschluss an die thematisch korrespondierenden Artikel – Passagen aus der Diskussion ab.

Der dritte Teil behandelt Probleme des Übergangs aus der Perspektive einzelner Länder. Im letzten Artikel werden die osteuropäischen Übergänge mit analogen Prozessen in anderen Teilen der Welt verglichen.

Zum Schluss versucht György Dalos, in Wien und Budapest zu Hause, in einer autobiographischen Reflexion sein Verhältnis zu Deutschland zu bestimmen; Bohumil Hrabal erzählt, was eine Pragerin in Budapest erlebte; in Michael Wüstefelds Gedichten schließlich scheinen gebrochen Stücke jüngster deutscher Geschichte auf.

Wir danken dem *Central & East European Publishing Project*, Oxford, das den Start von *Transit* ermöglicht hat. Wir danken auch allen, die die Vorbereitung dieses Heftes kritisch begleitet haben.

Wien und Warschau im September 1990